

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chausseestraße 137, Berlin SW 68. Red. (am. Sa.) Handstraße 1, V. Dr. Bernh. W. Müller, Elm. Tav. Manuskripte werden nur zurückgen., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dählhoff (A 7) 9090-9095, für den Fernverkehr Amt Dählhoff 3668-3698, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 960.

Große Steuer-Ausfälle

Finanzsorgen der Regierung

Die ungünstige Entwicklung der Reichseinkünfte, über die gestern durch mehrere Verlesungen Klarheit geschaffen wurde, hat am Reichstag starken Eindruck gemacht. Man muß sich Gesamtansätzen von etwa 500 Millionen Mark im Haushaltsjahr 1930-31 rechnen. Davon würden etwa 200 Millionen auf Mindereinnahmen der sogenannten Betriebssteuern, also der Umsatzsteuer ufm., entfallen (die bei der ersten Vorkriegsjahreszahl im April 47 Millionen Mindereinnahmen gebracht hat), der Rest auf den Betrag der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherung.

Es ist beabsichtigt, in der Commotio des Reichstages lediglich die Abhebung dieser Ausfälle bei der Reichsanlage für Arbeitslosenversicherung zu veranlassen, während die Behandlung des Defizits, das durch mindere Steuererlöse verursacht wurde, bis zum Herbst, also bis zur Einbringung eines Haushaltsanschlusses, verschoben werden soll.

Zur Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung wird voraussichtlich nicht nur die Arbeitslosenversicherung um 3% auf 4 1/2 % zu erhöhen sein, sondern darüber hinaus noch eine neue finanzielle Belastung. Es wird an eine stärkere Ausnutzung der Grunderwerbsteuer, einen Stempel auf die Biersteuer und ein, wenn auch noch eingehender Notopfer der Selbstbehaltene gebührt.

Die Regierungsparteien sind sich einig, die Ausgaben des Haushaltsplanes zwischen der zweiten und dritten Lesung fast zusammenzufassen und so durch Erparnisse die Einnahmeerhöhung weitgehend zum Ziel überflüssig zu machen. Daß man aber Erparnisse in Höhe von einigen hundert Millionen vornehmen kann, wird nach den Erfahrungen des Vorjahres bezweifelt, weil ein gleicher Verlust lediglich das Ergebnis eines ungeordneten Haushalts von mehreren hundert Millionen hätte.

Es ist jetzt auch fest freigegeben, was das aufgestellte Steuererlassungsprogramm des Reichsfinanzministers Molkenhauer, das im Jahre 1931 eine Steuerermäßigung in Höhe von fast 600 Millionen bringen sollte, durchgeführt werden kann. Verwirklicht werden soll zunächst lediglich die Senkung der Kapitalerwerb- und Kapitalertragssteuer. Aber auch diese Maßnahme wird zum Teil erst im 1. Januar 1931 in Kraft treten können.

Um das Ermächtigungsgesetz

Im Steueransatz des Reichstages begründete Ministerialdirektor Dr. Jarden das Ermächtigungsgesetz zur steuerlichen Erleichterung und Verbilligung der Kreditverleihung der deutschen Wirtschaft. Die Vorlage erfolgte dem Bund, die Kapitalerwerb- und Kapitalertragssteuer zu erhöhen und den Anreiz zur Anlage deutschen Kapitals im Ausland zu vermindern. Bei Durchführung der Vorlage werde auch die Reizung des Auslandes...

Kritische Lage für MacDonald

Drohende Regierungskrise

London, 22. Mai | Ullstein-Nachrichtendienst

In den nächsten Tagen muß sich entscheiden, ob die verworren gewordene intransparente Situation Englands eine entscheidende Wirkung erhält, oder ob MacDonald in die Wähler zurückkehren muß. Die Opposition der Konservativen und Liberalen sowie die Opposition des - durch die Führerschaftslosigkeit Maclears verärgerten - radikalen linken Flügels der Arbeiterpartei haben eine Schärfe erreicht, die zur Entlassung drängt.

Daß das Oberhaus gestern einen Antrag der konservativen Vorbe, der die schärfste wirtschaftliche Lage und die zunehmende Arbeitslosigkeit bedauernd feststellte, Schmähsätze, Anti-Dumping-Gesetze und Wirtschaftskrieg für das Empire vorlegte, mit 103 gegen nur 25 Stimmen abnahm, hat noch keinen direkten Einfluß auf den Preisdruck der Vorbe gegen möglich oder wirtschaftliche Weisheit weit unbedeutet bleibt. Immerhin trägt dieses Oberhausvotum zur Verschärfung der dem Kabinett MacDonald obliegenden nicht allein aus günstigen öffentlichen Stimmung bei. Ein zweites Gefühl für das Kabinett werden die Oberhausdebatten erst werden, wenn es im Zusammenhang mit der Statifikation des Londoner Finanzrates an einer Kritik MacDonalds wegen seiner "Verunsicherndem" glücklicher "Anfang" kommt. Ein Haus der "Verunsicherung" aller Klassen und Standes der Arbeiterklasse, in dem die großen Verleger und Finanziers des Reiches, sowie in dem Dingen der "Sicherheit und Würde der Nation" haben sie das Recht der Öffentlichkeit.

Kapital nach Deutschland zu geben, gesteigert werden. Auf Grund des Vermögensvergleichs sollen die Steuererlöse betragsmäßig durch die die Kapitalertragssteuer für fortgesetzliche Wertpapiere aufgehoben, die Gesellschaftsteuer von 4 auf 2 Prozent, die Wertpapiersteuer von 2 auf 1 Prozent und auch die Börsenumsatzsteuer ermäßigt und Steuererleichterungen für sogenannte Zweifeln-Struhs (Kapitalverwaltungsstellen) eingeführt werden. Der Zeitpunkt für das Antreten dieser Maßnahmen könne noch nicht angegeben, der Januar-Nachtrag könne aber wegen des finanziellen Ausfalls aller Voraussicht nach nicht von der Kapitalertragssteuer befreit werden.

Hr. Dr. Hiltferding (Soz.) äußerte grundsätzliche Bedenken gegen die Ermächtigungsgesetzgebung. Im vorliegenden Falle sei auch der Weg der Ermächtigung gar nicht notwendig, denn die Gesetzesentwürfe seien fertig und könnten vom Reichstag verabschiedet werden. Gegen die Aufhebung der Kapitalertragssteuer behänden auch solche Bedenken. Es würde den zufälligen Besitzen von Pfandbriefen einen unbedingten Gewinn bringen.

ohne daß das wirtschaftliche Ziel des Gesetzes erreicht würde. Die Aufhebung der Kapitalertragssteuer müßte auswärtsgerichtet auf die Ausnutzung fortgesetzlicher Papiere beschränkt werden. Eine allgemeine Aufhebung, auch für die alten Papiere, würde einen Einnahmehausfall von 70 bis 80 Millionen für dieses Etatsjahr bewirken. Dazu würde ein dauernder Ausfall von jährlich 35 Millionen kommen.

Hr. Dr. Hiltferding (Soz.) äußerte sich gegen die Ermächtigungsgesetzgebung.

Hr. Dr. Fißler (Dem.) erklärte, ihm würde es auch aus den vertriebenen Orten - nicht verfassungsrechtlichen - lieber sein, wenn die Vorlagen im Wege der ordentlichen Gesetzgebung verabschiedet werden. Eine große Mehrheit liege sicher. Auch wirtschaftlich wäre die Vermeidung der Ermächtigungsgesetzgebung wünschenswert. Maßnahmen zur Erleichterung der Kreditverleihung müßten so schnell wie möglich durchgeführt werden. Eine Ermächtigung könnten wir der Regierung nur geben, wenn sie versichert, daß sie nicht etwa aus fiskalischen Gründen die Entlohnung versetzt. Die Kapitalertragssteuer auf fortgesetzliche Papiere muß mindestens am 1. Oktober aufgehoben werden.

Der Ausschuss für die Ermächtigung der Kapitalertrags- und der Kapitalerwerbsteuer, die Ermächtigung zur Erleichterung der Kreditverleihung müßten so schnell wie möglich durchgeführt werden. Eine Ermächtigung könnten wir der Regierung nur geben, wenn sie versichert, daß sie nicht etwa aus fiskalischen Gründen die Entlohnung versetzt. Die Kapitalertragssteuer auf fortgesetzliche Papiere muß mindestens am 1. Oktober aufgehoben werden.

Schober ist zuversichtlich

Konflikt Daugoin-Steidle

Wien, 22. Mai | Ullstein-Nachrichtendienst

Für die Heimwehren, die vom Bundeskanzler Schober das Innenministerium für ihren ersten Führer, Dr. Steidle, an Stelle des Bundesobmanns Schuma, und den Vorgesetzten des Wiener Polizeipräsidenten verlangen, erklärte der Vorgesetzte des Heimwehren, Ingenieur Schmitz: "Ich niemals habe es eine Stunde gegeben. Die Dagen unserer Bewegung haben jetzt begonnen. Die Dage muß als äußerst kritisch bezeichnet werden!" Steidle: "Ich habe nicht nachgeben!" "Wollt Sie die Abtrünnig? Ich frage Euch alle!" (Steidle: "Niema!") "Diese Frage ist von höchst wichtiger Bedeutung." (Steidle: "Lieber auf den Barrakden kämpfen als abtrünnig!") "Ich wenn unser Bundesführer als zukünftiger Innenminister auch uns die Abtrünnig befehligt, werden wir einwilligen." (Steidle: "Steidle muß Diktator von Österreich werden.") "Wir werden niemals früher unsere Waffen aussetzen als bis der Marxismus bezwungen sein wird und auch nicht vor vorübergehender Diktatur zurückweichen."

Das hört sich großartig an. Im Parlament aber erklärten Abgeordnete verschiedener Parteien, daß wenn Schober fest bleibe, die ganze Aktion der Heimwehren mit einer großen Blamage

Der Nequator überflogen!

New York, 22. Mai

Nach einem hier um 12.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit ausgehenden Panflurflug hat "Oran Zepplin" in diesem Augenblick den Nequator überflogen und befindet sich 250 Meilen von der Insel Fernandoo de Noronha, die 300 Kilometer von der südamerikanischen Küste entfernt ist. (Siehe 13.24 Seite.)

enden werde. Das Abrückungsgebot werde Annahme finden, da nur allein die schiffliche Partei trotz aller Geschlossenheit der Seemanns angeführten Abgeordneten die Dilliganz, die der Bundeskanzler und Seemannsminister Daugoin als Obmann fordern, durchzuführen wissen werden.

Auch in der Umgebung des Bundeskanzlers ist man zuversichtlich und verweist auf das christlich-jüdische "Weltblatt", das erklärte, während Daugoin, der bisher immer vom Nequatordeutungs gegen Schober ausgespielt wurde, und Dr. Steidle je jetzt der Kampf offensichtlich, Daugoin werde unbedingt als Sieger aus dem Kampf hervorgehen. Derzeit sind die Seemannsminister in dem Maß in den Besitz der Macht setzen könnten, gibt als ausgeschaltet. Man kündigt auch schon an, daß eine Anzahl einflussreicher Politiker, die bisher der Seemanns angehörten, ihren Austritt bekannt geben wollen.

50 Millionen Dollar Entschädigung

New York, 22. Mai | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Entschädigung über die Freigabe des in Amerika beschlagnahmten Eigentums der deutschen Arbeiter in Brasilien, Präsident Hoover hat dem amerikanischen Kongress bereits einen Antrag auf Bewilligung der restlichen 50 Millionen Dollar zugestimmt, die als Entschädigung für die beschlagnahmten Güter vorgeschlagen sind.

Was gründlich der Schiedsrichter seine Aufgabe behandelt, gibt darauf hervor, daß es eine genaue Unterlegung darüber eingehandelt hat, inwiefern die Arbeiter der ehemaligen deutschen Arbeiterpartei in dem Schlichtungsverfahren beteiligt sind. Nach der Freigabe von Bill kommt für diese Anteile eine Entschädigung nicht in Betracht. Die deutschen Vertreter sollen bereits nachgewiesen haben, daß die Beauftragten an den Schlichtungsstellen mit kaum 1 Prozent beteiligt sind.

Das neue Ostprogramm

Aufwendliche Zahlen

Der Entwurf des Ostprogrammes ist nunmehr dem Reichstag zugewendet worden. Die Finanzierung der Osthilfe steht der Entwurf auf drei Wegen vor: durch die Bereitstellung von Staatsmitteln, die Übernahme von Bürgschaften und die Gewährung von Darlehen.

Die Staatsmittel, die in diesem Jahre in Anspruch genommen werden betragen 130 Millionen. Diese Summe stellt also die eigentliche, Voraussetzung des Reichshaushalts für die Osthilfe dar.

Einen weitaus größeren Betrag erreichen die Bürgschaftsummen, zu deren Übernahme die Reichsregierung durch das Gesetz ermächtigt wird. Hier sind Bürgschaftsummen für die Gewährung von Umschuldungsdarlehen in Höhe von 300 Mill. Mark für die ebenfalls für Umschuldung dienenden Bürgschaftsummen bis zum Betrage von 250 Millionen und für die Befreiung der bisher zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung darlehensweise gewährten Reichsmittel 225 Millionen vorzusehen. Die Ermäßigungen zu Bürgschaftsummen betragen sich danach insgesamt auf den faktischen Betrag von 775 Millionen. An Darlehensbeträgen sind 130 Millionen für die Deutsche Reichsbankgesellschaft zur Befreiung von Pfandbeschlüssen in den Ostgebieten vorzusehen.

Die in dem Gesetz vorgesehenen Verwendungszwecke sind aber für keine Beurteilung entscheidend. Im Vordergrund des Blickes steht, wie auch nicht anders zu erwarten war, die Hilfe für die Landwirtschaft. Man darf hier drei oder eigentlich vier Arten landwirtschaftlicher Hilfe unterscheiden, nämlich Umschuldungsmaßnahmen, Betriebsförderung, Siedlungshilfe und schließlich Einführung eines gewissen Volkserziehungsgesetzes.

Bei der Umschuldung ist als Zeitpunkt im Gesetz vorgesehen, daß die Bürgschaft für Umschuldungsdarlehen nur gewährt werden darf, wenn die in Aussicht genommenen Betriebe ihrem Bestande gefährlieh sind, aber nach Lage der Verhältnisse noch erhalten werden können und zudem die Sichtung des Betriebes für eine Gewähr bietet. Es ist noch offen, wie sich in der Praxis die Umschuldung auf derartige Betriebe auswirken wird. Nach der Anlage des Gesetzes und insbesondere aus dem System der Abfertigung ist es nicht möglich, daß hier ein einseitiger von Gläubigerseite her geht.

Die Betriebsförderung ist im Verhältnis zur Umschuldung in einem engeren Rahmen gedacht. Für sie kommen im wesentlichen zwei Mittel in Betracht, die als vorerwähnte Aufträge gegeben und die also aus den Mitteln des Reiches zur Verfügung gestellt werden können. Diese Mittel betragen 100 Millionen und 50 Millionen hinausgehen. Der Zweck der für die Betriebsförderung ist nach der programmatischen Seite aus hierdurch herauszufallen. Es heißt in dem Gesetz, daß Reichsmittel zur Sicherung der Fortführung landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Eigentümer- und Wirtschaftsbetriebe, die in ihrem Bestande gefährlieh sind, aber nach Lage der Verhältnisse noch erhalten werden können, und bei der Sichtung des Betriebes für eine Gewähr bietet, zur Verfügung gestellt werden dürfen. Außerdem ist ausdrücklich eine wirtschaftliche Prüfung des Betriebes nach seiner sozialen und persönlichen Seite hin als notwendige Voraussetzung für die Mittelvergabe vorgesehen und ferner die Zulässigkeit einer weiteren Übermaßung des Betriebes bestimmt.

Die Fortführung des Siedlungswertes stellt an sich einen nachteiligen organisatorischen Bestandteil des Ostprogrammes dar, wie sie aber auch als das notwendige Korollar der Umschuldungsaktion zu betrachten ist. Eine Umschuldung ohne Übertragung von Teilen des früheren Bestandes und ihrer Durchführung an den Siedler ist in vernünftiger Einnahme nicht denkbar. Das Gesetz sieht aus diesem Grunde die Fortführung des Siedlungswertes in Höhe von jährlich 50 Millionen vor, wie es bereits in den vergangenen fünf Jahren bestanden hat.

Die Betriebsförderung ist im Verhältnis zur Umschuldung in einem engeren Rahmen gedacht. Für sie kommen im wesentlichen zwei Mittel in Betracht, die als vorerwähnte Aufträge gegeben und die also aus den Mitteln des Reiches zur Verfügung gestellt werden können. Diese Mittel betragen 100 Millionen und 50 Millionen hinausgehen. Der Zweck der für die Betriebsförderung ist nach der programmatischen Seite aus hierdurch herauszufallen. Es heißt in dem Gesetz, daß Reichsmittel zur Sicherung der Fortführung landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Eigentümer- und Wirtschaftsbetriebe, die in ihrem Bestande gefährlieh sind, aber nach Lage der Verhältnisse noch erhalten werden können, und bei der Sichtung des Betriebes für eine Gewähr bietet, zur Verfügung gestellt werden dürfen. Außerdem ist ausdrücklich eine wirtschaftliche Prüfung des Betriebes nach seiner sozialen und persönlichen Seite hin als notwendige Voraussetzung für die Mittelvergabe vorgesehen und ferner die Zulässigkeit einer weiteren Übermaßung des Betriebes bestimmt.

Die Fortführung des Siedlungswertes stellt an sich einen nachteiligen organisatorischen Bestandteil des Ostprogrammes dar, wie sie aber auch als das notwendige Korollar der Umschuldungsaktion zu betrachten ist. Eine Umschuldung ohne Übertragung von Teilen des früheren Bestandes und ihrer Durchführung an den Siedler ist in vernünftiger Einnahme nicht denkbar. Das Gesetz sieht aus diesem Grunde die Fortführung des Siedlungswertes in Höhe von jährlich 50 Millionen vor, wie es bereits in den vergangenen fünf Jahren bestanden hat.

Die Betriebsförderung ist im Verhältnis zur Umschuldung in einem engeren Rahmen gedacht. Für sie kommen im wesentlichen zwei Mittel in Betracht, die als vorerwähnte Aufträge gegeben und die also aus den Mitteln des Reiches zur Verfügung gestellt werden können. Diese Mittel betragen 100 Millionen und 50 Millionen hinausgehen. Der Zweck der für die Betriebsförderung ist nach der programmatischen Seite aus hierdurch herauszufallen. Es heißt in dem Gesetz, daß Reichsmittel zur Sicherung der Fortführung landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Eigentümer- und Wirtschaftsbetriebe, die in ihrem Bestande gefährlieh sind, aber nach Lage der Verhältnisse noch erhalten werden können, und bei der Sichtung des Betriebes für eine Gewähr bietet, zur Verfügung gestellt werden dürfen. Außerdem ist ausdrücklich eine wirtschaftliche Prüfung des Betriebes nach seiner sozialen und persönlichen Seite hin als notwendige Voraussetzung für die Mittelvergabe vorgesehen und ferner die Zulässigkeit einer weiteren Übermaßung des Betriebes bestimmt.

preussische Regierung finanziell an den Bürgschaftsummen beteiligt, sogar im Einverständnis mit ihr. Die preussische Regierung wird sich, wie bekannt, an die neuen Bürgschaftsummen sehr stark beteiligen. Somit ist im gegenwärtigen Zeitpunkt die Befreiung der Umschuldung eine noch offene Frage, deren Lösung erst durch Verhandlungen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung herbeigeführt werden muß.

Stärker als die aktuellen politischen Programme müssen aber auch Gesichtspunkte weitgehend gestrichelt werden. Die für den Wert des vorliegenden Gesetzentwurfes entscheidend sind. Der

Briand's französische Kritiker

Die Revisionsmöglichkeit

Paris, 22. Mai | Ulstein-Nachrichtendienst

Die Diskussion über die Vereinigten Staaten von Europa wird mit größtem Eifer fortgesetzt. Wie schon die Kritiken von Briand und Berthelot zeigen, hat man im Lager der Linken bei allen grundsätzlichen Zustimmung zu dem Abkommen Briand doch nicht den Willen für jeden Schwand stehen. Von dem westlichen „Populäre“ wieder darauf hin, daß im Gegensatz zu der letzten Revisionierung Briand alle europäischen Staaten einen guten Teil ihrer Souveränität im Interesse der kollektiven Organisation aufgeben müssen. Außerdem wurde es immer klar, die europäischen Föderation zu gründen, wenn man von den angeführten Staaten nicht ein Einverständnis um Überstimmung in der allgemeinen politischen Einstellung fordern. So wie es kaum möglich sein, die demokratischen europäischen Republiken mit dem schicksalhaften Italien in Einklang zu bringen; daß weiter eine möglichst große Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland die Vorbereitung für die europäische Föderation sei, betont von Briand mit besonderem Nachdruck.

Der Gedanke, daß Deutschland und Frankreich die Hauptträger sein müssen, wird auch von der radikalen „Revue“ mit großer Verachtung. Gerade im Interesse der deutsch-französischen Freundschaft sei es nötig, meint das radikale Blatt, daß die europäische Föderation nicht dazu misbraucht werde, um den Friedensvertrag geschloffen status quo unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Die Revisionen Frankreichs, die der Vertrag fest versetzt. Die zweite Frage ist, ob die Revisionen Europa offenkundig machen. Das parlamentarische Staatsrecht dürfte auch darüber hinaus „eine Umkehrung notwendige und unvermeidliche territoriale Veränderung erleiden, die allein dem europäischen Kontinent wieder Ruhe und Entspannung geben könnte“.

europäische Föderation nicht dazu misbraucht werde, um den Friedensvertrag geschloffen status quo unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Die Revisionen Frankreichs, die der Vertrag fest versetzt. Die zweite Frage ist, ob die Revisionen Europa offenkundig machen. Das parlamentarische Staatsrecht dürfte auch darüber hinaus „eine Umkehrung notwendige und unvermeidliche territoriale Veränderung erleiden, die allein dem europäischen Kontinent wieder Ruhe und Entspannung geben könnte“.

Staatliche Handelsflotte Frankreichs

Paris, 22. Mai | Ulstein-Nachrichtendienst

Die der „Matin“ mitgeteilten Werte, hinsichtlich die Regierung Frankreichs, einen Teil des neuen Rüstungsprogramms für die Seeburg der Handelsflotte, Handel und Industrie dazu zu benutzen, um eine staatliche Handelsflotte zu begründen. Es sollen vorzüglich sehr gemächliche Passagier- und Frachtdampfer von circa 25 000 t Größe erbaut werden. Die Größe, die eine Handelsflotte von 25 bis 28 Anker erhalten sollen, werden in der Dienst Marine-Minister eingeleitet werden. Der Staat beschließt, die auf dem Wege von Passagierdampfern an die privaten Schiffsgesellschaften abzugeben.

Schuld-Erhöhung in Preußen

Festlegung auf ein Drittel der Lasten

Eine Schuldenfrage, die von den Regierungsorganen in Preußen häufig erörtert wird, will das Schulden für die höheren Schulen Preussens von 200 auf 350 Mark jährlich heranziehen.

Zur Begründung für die Erhöhung wird angeführt, daß bereits in der Vergangenheit das Schulde durchschüssig ein Drittel der Kosten deckt, die jeder Schüler dem Staat verursacht. Da man vor dem Krieg keine Verhältnis hatte, ist auch der Schulden lange Zeit gleich hoch geblieben. Seit aber letzter durch die Erhöhung der Schulgebühren und durch die auch noch erheblichen Mehrausgaben die jährlichen Lasten für den Schüler an sich steigen oder verminderten Lasten.

Die Vorlage bezweckt eine gesetzliche Festlegung des Schulden auf ein Drittel der Lasten. Die Höhe des Schulden wird dabei in jedem Jahre neu geregelt werden müssen, je nach den gelagerten oder verminderten Lasten.

Eine gewisse Milderung der Schuldenverhältnisse soll darin liegen, daß die Mittel, die den Schulen für Ermäßigungen, Stipendiatenleistungen usw. bisher aus dem eigenen Schuldenaufnahme zur Verfügung standen, nun 20 auf 25 Prozent des selbstschuldigen Schuldenes erhöht werden.

Dieser Fonds der einzelnen Schulen darf von den Kommunen, wenn die gesetzliche Regelung erfolgt ist, nicht angegriffen werden. Für den Staat beträgt die Mehrerhebung aus der Schuldenverhöhung 3 Millionen Mark. Es ist beabsichtigt, einen Teil dieses Mehraufwandes dem staatlichen Fonds für Schulgebühren, der jetzt nur 100 000 Mark beträgt, zur Verfügung zu stellen, so daß jährlich mehr Mittel für den Betrieb der höheren Schulen durch Umwidmung zur Verfügung stehen werden.

Sachsen fordert Reichshilfe

Dresden, 22. Mai | Ulstein-Nachrichtendienst

Eine föhliche Werbung unter Führung des Finanzministers Richter gegen den Reichsminister Steinhilber wird, und insbesondere die besondere Notlage Sachsens, das die größte Arbeitslosigkeit unter allen deutschen Staaten aufweist und eine außerordentlich hohe Zahl von Arbeitslosenunterstützten hat. Das Reich möge Sachsen helfen.

Steinhilber vertritt auch die Ansicht, daß die eigene Notlage des Reichs und aus darauf hin, daß Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zur Verfügung kommen. Er lehnt es ab, die Stellenfülle allgemein auf die föhliche Zugewandte auszugeben. Nur für besonders nachteilige Gebiete soll eine Handhabung erzwungen werden.

Stottenmanöver im Sturm

Paris, 22. Mai | Ulstein-Nachrichtendienst

Die französischen Stottenmanöver im Mittelmeer, die dann gehen sollen sind bereits begonnen. Die Manöver sollen in der ersten Hälfte des Jahres stattfinden, haben zu einer Reihe weiterer Schiffsfahrten geführt. Der Unterseeboot mußten ihre Aktivierung wegen schwerer Beschädigungen aufgeben und sich nach London flüchten. Zur einem der Boote wurde im Sturm ein Motor über Bord gelassen.

Um die Räumungs-Amnezie

Zwischen den Regierungsorganen finden Besprechungen über die Amnezie statt, die aus Anlaß der Rheinland-Räumung entstanden werden soll. Die Deutschmannen haben einen Antrag eingebracht, der die letzte Amnezie aus dem Jahre 1920 nicht erneuert wird, daß alle Werbungen mit politischen Hinterzwecken, die bis zum Jahre 1920 erfolgt sind, nicht amnestiert werden. Die Volksfrontorganisation, die Deutsche Sozialisten und ein Teil des Zentrums schlagen einen neuen Amnezieantrag vor, der nicht so weit wie der deutschmannen geht. Nach diesem Amnezieantrag sollen alle Tätigkeitsberichte, die bis zum 1. April 1924 bezogen sind, straflos bleiben.

Wegen sollen die Werbungsamnestie, die bis gegen Mittel der Republik nicht amnestiert werden sollen, nicht durch die Werbungsorganen fallen nicht ist straflos erklärt werden, da ihre Fortnahme in späterer Zeit noch immer im Bereich der Möglichkeit liegt.

Der Antrag ist vorläufig von den Regierungsorganen nicht untergefallen.

In der demokratischen Reichstagsopposition fehlte derbe Vorlesung nach im Zentrum für die Werbungen erklärt. Wenn eine Amnezie zum Jahresanfang, nach der Staatsanwaltschaft im Reichsbesitz eingebracht werden und nach in dem Zentrum kommen.

Die indischen Unruhen

London, 22. Mai | Ulstein-Nachrichtendienst

Bei den Zusammenstößen zwischen Unruhen der Ganges und der Ganges in Orissa sind noch mehr Personen verletzt worden, als bislang angenommen wurde. Die letzten Meldungen geben die Anzahl der Verletzten mit 650 an. Ihr Zustand ist allerdings nicht ernst. Da weitere Zusammenstöße befürchtet werden, wurden noch 400 Mann militärischer Truppen von Bombay nach Orissa entsandt, und heute werden voraussichtlich weitere Truppenabteilungen folgen.

Ein Anzeichen, nämlich von Madras, daß die Polizei gegen die indischen Unruhen gemacht, da Anstrengungen trotz des Verbotes Demonstrationen veranstaltet werden. Eine Anzahl Personen wurden zum Teil erheblich verletzt.

Der Rat der indischen Volkswirtschaften hat gestern in Bombay eine Resolution angenommen, in der festgestellt wird, daß es in Zukunft sehr schwer sein werde, die Wahlen der Wahlmänner in Indien zu führen, wenn die berechtigten Forderungen der Wähler in vollstänliche nicht erfüllt werden.

Hoover drängt auf Kartifizierung

New York, 22. Mai | Ulstein-Nachrichtendienst

Hoover hat dem Führer der republikanischen Fraktion erklärt, daß die baldige Kartifizierung des Finanzministeriums erforderlich sei. General Hoover hat die Kartifizierung verlangt, weil der Vertrag innerhalb fünf Tagen dem Senat vorgelegt werden sollte. Ob der Vertrag ohne weiteres ratifiziert oder mit Verbesserungen versehen werden wird, ließ sich nicht sagen. Er ist möglich, daß noch ein Notenwechsel Gilman-Washington über die Kartifizierung vorausgegangen wird.

Elektricität im Vordergrund

Allgemein freundlich

Die Börse setzt, angegert durch die angekündigten Steuererleichterungen, in freundlicher Stimmung ein, jedoch halten sich die Kursveränderungen im Allgemeinen auf den feststehenden Orderniveauen in sehr bescheidenen Grenzen.

Zu den Umsatzen zählen in erster Linie Elektropapiere, wobei sich auch einiglich in der Hauptsache um Deckungslücke handeln soll. Jedoch sind die Kurse für Kraft und Licht bei 171 (+ 3), Siemens bei 255 (+ 3) und AEG bei 172 (+ 2) und Gestell bei 170 (+ 2).

Liquidationspfandbriefe steigen weiter
Die Stimmung am heimischen Rentnarkmarkt blieb freundlich, wobei sich auch einiglich in der Hauptsache um Deckungslücke handeln soll.

Am Goldmarkt war Tagesgeld zum Teil wieder unabhängig und wurde im Durchschnitt zu 124 bis 125 1/2 und 1/2 pCt. notiert.

Am Goldmarkt war Tagesgeld zum Teil wieder unabhängig und wurde im Durchschnitt zu 124 bis 125 1/2 und 1/2 pCt. notiert.

Schiefe fordert Zucker-Planwirtschaft

Zwangsmaßnahmen angedroht

In der Hauptversammlung der Abteilung Zuckerfabriken des Vereins der deutschen Zuckerindustrie gab Ministerdirektor Schuster (Reichsfinanzministerium) eine Erklärung ab, in der er behauptet, der deutsche Zuckerbau sei gefährdet, wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie jetzt.

Gefestigtes Stickstoff-Syndikat

Zeche Ewald und Waldenburg treten bei

Wie offiziell mitgeteilt wird, sind die Gewerkschaft des Steinkohlenwerks Ewald und die Fürstlich Plessischen Stickstoffwerke AG, Waldenburg, jetzt dem Stickstoff-Syndikat als Mitglieder beigetreten.

Elastische Vermahlungs-Quoten

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft scheint nunmehr entschlossen zu sein, von der Ermächtigung Gebrauch zu machen und auch für den Juni die Vermahlungsquote von 50 pCt. inlandsweise aufrechtzuerhalten.

Amlich festgesetzte Preise an den Produktbörsen

Weizen, Markt 299-311, 299-311; Futterweizen 1800-1900, 1800-1900; Roggen, Markt 167-177, 167-177; Ackerbohnen 1200-1300, 1200-1300.

Bremen, 22. Mai. Baumwolle. Amtliche Notierungen von 15.75 Gt. Februar 15.64 B. 15.50 G.

Magdeburg, 22. Mai. Zucker. Markt 7.00 B. 7.00 G.

Bremen, 22. Mai. Baumwolle. Amtliche Notierungen von 15.75 Gt. Februar 15.64 B. 15.50 G.

Liverpool, 22. Mai. Baumwolle. Amtliche Notierungen von 15.75 Gt. Februar 15.64 B. 15.50 G.

So. V. G. der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Aktionäre der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft sind zu einer außerordentlichen Generalversammlung eingeladen.

1. Mill. M. Polyphe-Aktien von der Commerzbank

Die Commerzbank hat die Aktien der Polyphe AG, die sich in der Liquidation befindet, zu 1.000.000 Mark für 1.000 Aktien zu je 1.000 Mark zu veräußern.

London unsicher

Am Londoner Börse war der Grundton sehr unsicher und die Stimmung inhaltlich von Besorgnis über die Entwicklung der englischen Abwärts wies. Die neue indische Anleihe ist rund dreimal überzeichnet worden.

Getreide-Dumping abgelehnt

New York, 22. Mai / Ullestein-Nachrichtendienst
Die Zollkonferenz der beiden Häuser des Kongresses einigte sich zunächst, was zu erwarten, darüber, daß die vom Senat autorisierten Bestimmungen über Exportprämien für Getreide aus dem Gesetzentwurf gestrichen würden.

Englische Stahl- und Kohlenführung

Unter Führung der Bank von England werden die Pearson Knowles Coal and Iron Company, die Moß Hall Coal Company, die Widdowson Colliery, die Colliery of the North East and Iron Company und die Partington Steel and Iron Company zu einem Konzern zusammengeschlossen.

Die jüngste Hypothekbank

Leipzig, 22. Mai / Ullestein-Nachrichtendienst
Die von 9 Aktionären mit 2.812.000 M Kapital besetzte GV, Hypothekbank Leipzig, hat sich am 18. d. M. in Leipzig als Aktiengesellschaft für Sachsen in Leipzig genehmigt einmütig sämtliche Anträge der Verwaltung; bei 463.075 M. Reingewinn.

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Includes Adler Kohle, Dr. P. Meyer, National-Film, etc.

Reichsbankbuch-Forderungen

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Includes Pflügel, G. B. G. B., etc.

Conti Cautione setzen ihre Anfordersungen bis auf 1800 T. und Konten gegen Schlus mit 1815 T. gegen Kurs 1765 T. bis hin höchsten Tageskurs behaupten.

Am Anveismarkt konnte sich der Pfandkurs weiter festhalten, da die Diskontierungslücke in London ausbleibt. Gegen nichtmarktstief die Pfund-Note bei einem unveränderten Dollarkurs von 24,13.

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Includes Stahlbau, Deutscher, etc.

zinnmal 1 Mill. M. Man vermutet, daß damit der Weg zu künftigen Kombinationen zwischen den Graumalm-Produzenten, den Zinn-Produzenten, den Zinn-Produzenten, den Zinn-Produzenten...

Unter Führung der Bank von England werden die Pearson Knowles Coal and Iron Company, die Moß Hall Coal Company, die Widdowson Colliery, die Colliery of the North East and Iron Company...

Die Zollkonferenz der beiden Häuser des Kongresses einigte sich zunächst, was zu erwarten, darüber, daß die vom Senat autorisierten Bestimmungen über Exportprämien für Getreide aus dem Gesetzentwurf gestrichen würden.

Unter Führung der Bank von England werden die Pearson Knowles Coal and Iron Company, die Moß Hall Coal Company, die Widdowson Colliery, die Colliery of the North East and Iron Company...

Die von 9 Aktionären mit 2.812.000 M Kapital besetzte GV, Hypothekbank Leipzig, hat sich am 18. d. M. in Leipzig als Aktiengesellschaft für Sachsen in Leipzig genehmigt einmütig sämtliche Anträge der Verwaltung; bei 463.075 M. Reingewinn.

Die Aktionäre der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft sind zu einer außerordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Die Commerzbank hat die Aktien der Polyphe AG, die sich in der Liquidation befindet, zu 1.000.000 Mark für 1.000 Aktien zu je 1.000 Mark zu veräußern.

Die Aktionäre der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft sind zu einer außerordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Die Commerzbank hat die Aktien der Polyphe AG, die sich in der Liquidation befindet, zu 1.000.000 Mark für 1.000 Aktien zu je 1.000 Mark zu veräußern.

Die Aktionäre der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft sind zu einer außerordentlichen Generalversammlung eingeladen.

